

PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT



AUSSCHUSS IV FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES

KRITIK DES AKTUELLEN GELDSYSTEMS UNTER
BERÜCKSICHTIGUNG VON SEKTORALWÄHRUNGEN
ALS KOMPLEMENTÄREM ANSATZ ZUR BELEBUNG
REGIONALER WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE UND ZUR
BEKÄMPFUNG VON ARBEITSLOSIGKEIT UND ARMUT

15. APRIL 2010

BERICHT

Am 15. April 2010 hielt die VIVANT-Fraktion im Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales im Rahmen der Behandlung der Themen Armutsbekämpfung und Überschuldung einen Vortrag, der eine Kritik des aktuellen Geldsystems und das Aufzeigen der Möglichkeiten von Sektoralwährungen als komplementären Ansatz zur Belebung regionaler Wirtschaftskreisläufe und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut zum Gegenstand hatte.

Ein Mitglied der VIVANT-Fraktion erklärte, der Vortrag versuche, eine Analyse vorzunehmen, die als Diskussionsgrundlage dienen könne.

Ausgangspunkt sei die Feststellung, wie dem Ausschuss von den ÖSHZ und den Schuldnerberatungsstellen anlässlich ihrer Anhörung Anfang 2010 bestätigt worden sei, dass immer mehr Menschen überschuldet oder arbeitslos seien oder sogar in die Armut abrutschten. Von der Politik ergriffene Gegenmaßnahmen schienen nicht in ausreichendem Maße zu fruchten, um diese Entwicklung massiv abzubremsen. Ganz im Gegenteil, die Phänomene verschlimmerten sich noch.

Einer der Gründe für diese Entwicklung sei u. a. die zu schnelle Vergabe von Krediten und Kreditkarten. Immer mehr Konsumenten würden Güter mit Hilfe von Krediten erwerben. So erlaubten fast alle Kaufhäuser ihren Kunden mittlerweile, Waren mit Hilfe von Ratenzahlung zu erwerben.

Der leichte Zugang zu Kreditkarten trage erheblich zur Überschuldung bei. In Europa breite sich zunehmend das amerikanische Kreditkartensystem aus, bei dem jede Kreditkarte einen eigenen Kreditrahmen habe, sodass bei Besitz mehrerer Kreditkarten Schuldzahlungen und Zinsbelastungen von einer Kreditkarte auf eine andere verschoben werden könnten. Dies bewirke letztlich eine Verschuldungsspirale, aus der die Verbraucher oft nicht mehr herauskämen. In Belgien existiere dieses System seit einigen Jahren.

Zudem würden viele Konsumenten, die sich in Anbetracht ihrer finanziellen Situation gewisse Güter eigentlich nicht leisten könnten, der mit geringen Raten lockenden Werbung – wie z. B. 0%-Ratenkäufe – erliegen und sich dennoch für einen Kauf entscheiden. Die Summe dieser Fehlentscheidungen führe schließlich in die Überschuldung.

Die Unternehmen wiederum ständen unter einem hohen Wettbewerbsdruck, der sie zu radikaleren Verkaufsmethoden zwingt. Sie müssten effizient sein und Rendite erwirtschaften. Manager erhielten Boni im Verhältnis zum erzielten Gewinn. Der Mensch zähle in diesem System nicht.

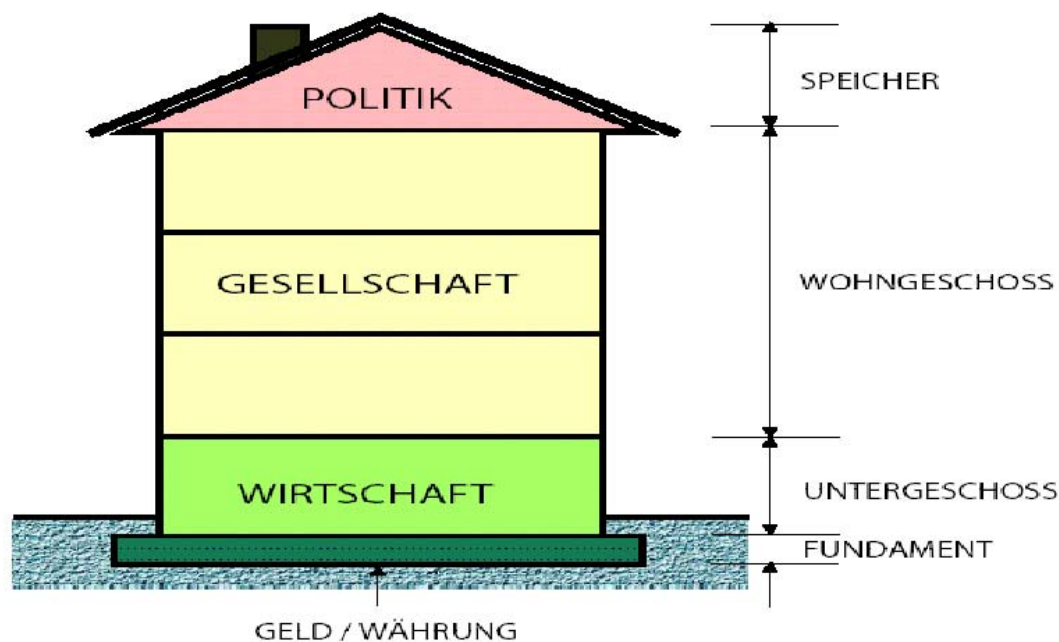
Der Renditezwang beruhe auf den Erwartungen des Kapitaleigners hinsichtlich des zu erwirtschaftenden Gewinns. Dies führe zu Effizienzdruck. Sollte der erzielte Gewinn nicht mit den Erwartungen deckungsgleich sein, könnten Rationalisierungsmaßnahmen beschlossen werden, um den Gewinn zu steigern, z. B. das Streichen oder Auslagern von Arbeitsplätzen.

Auf der anderen Seite gebe es in der Regel eine hohe Staatsverschuldung, die zur Folge habe, dass hohe Sozialabgaben und Steuern entrichtet werden müssten. Eine hohe Staatsverschuldung minimiere auch die Sozialleistungen, da der Staat es sich nicht leisten könne, über ein gewisses Maß hinaus weitere Mittel zur Anhebung der Sozialleistungen zur Verfügung zu stellen.

Zu hohe Sozialabgaben bremsten natürlich die Bereitschaft der Unternehmen zu Neueinstellungen.

In diesem Kontext stelle sich die Frage, welchen Einfluss die Parlamentarier auf das System ausüben könnten.

Angenommen, der belgische Staat sei wie ein Haus aufgebaut, so würde sich folgendes Bild ergeben:



Helmut Creutz / 001

Während die Politik als eine Art Überbau Richtlinien erlasse, schaffe die Wirtschaft Arbeitsplätze. Dafür benötige die Wirtschaft Geld. Die Währung sei folglich das Fundament des Hauses.

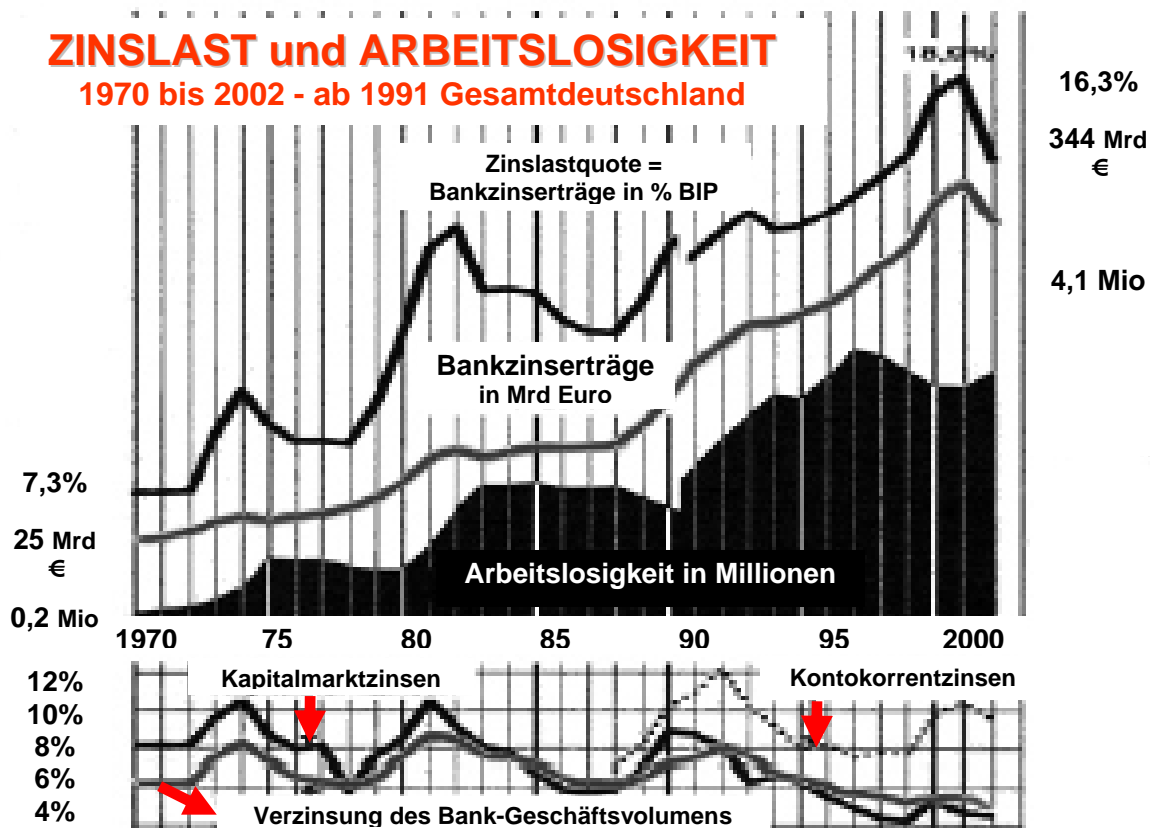
Bei allen Problemen, die während der Anhörungen angesprochen worden seien, sei es um Mangelerscheinungen gegangen. So sei Armut unzweifelhaft mit Mangel verbunden - meist dem an Geld.

Folgendes Beispiel, so der Referent, sei prägnant für das Funktionieren der Volkswirtschaften: Ein hypothetischer junger Bäcker wolle seine Bäckerei umbauen und benötige dafür 100.000 EUR. Da er keine ausreichenden Sicherheiten nachweisen könne, verweigerten die Banken ihm einen Kredit. Aufgrund der Notwendigkeit des Umbaus leihe er sich das Geld bei einem Privatmann in Form eines Kredits mit zehnjähriger Laufzeit zu 10 % Zinsen, d. h. 10.000 EUR Zinsbelastung jährlich.

Da der Bäcker sich gegenüber seinen Berufskollegen im Wettbewerb befinde und somit seine Ware nicht teurer als diese anbieten könne, müsse er zur Rückzahlung seines Kredits effizienter arbeiten.

Die Spielregeln würden folglich durch das Kapital aufgestellt, das für seine Bereitstellung einen bestimmten Gewinn verlange. Dieser Druck des Kapitals führe dazu, dass effizienter gewirtschaftet werden müsse.

Die Zinslast und Arbeitslosigkeit hätten sich zwischen 1970 und 2000 (ab 1991 für Gesamtdeutschland) wie folgt entwickelt:



Quelle: Bundesbank
nach Helmut Creutz – Die 29 Irrtümer rund ums Geld, S. 113

Die Kurve verlaufe für Belgien und andere westeuropäische Industrienationen im Übrigen ähnlich.

Die Zinslastquote verdeutliche, wie viele Zinsen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) gezahlt werden müssten.

Auffällig sei, dass bei einem Anstieg der Zinsbelastung fast in gleichem Maße die Arbeitslosigkeit steige und umgekehrt.

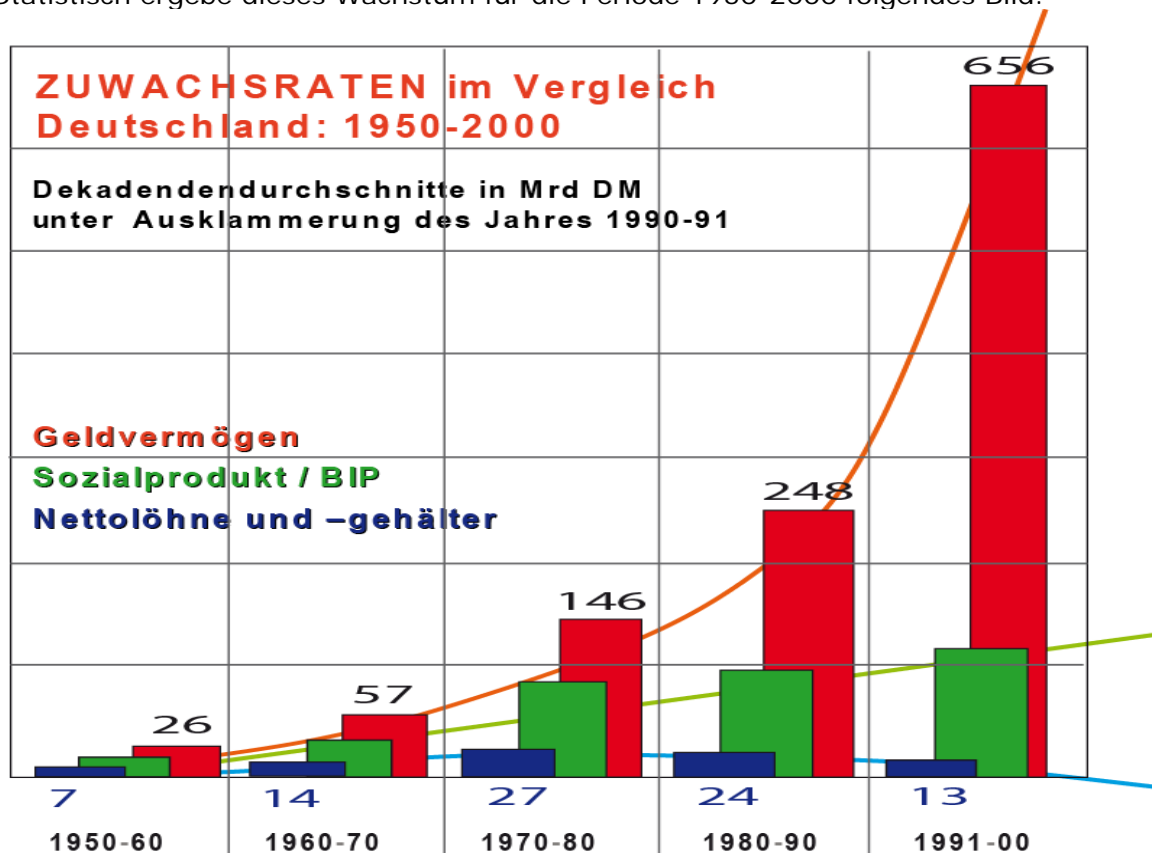
Die Statistik und ihre Interpretation seien dem Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht bekannt gewesen.

Es bestehe offenbar eine hochgradige Korrelation zwischen dem Renditezwang der Unternehmen sowie ihrer Zinslastquote und der Arbeitslosigkeit.

Ein Unternehmer, der Kapital leihe, müsse sparen, um seinen Rückzahlungs- und Zinsverpflichtungen nachkommen zu können. Aus diesem Grund müssten teilweise Rationalisierungsmaßnahmen ergriffen werden, um Geld einzusparen, so z. B. die Entlassung von Personal.

Ein vor 100 Jahren bei einem Prozentsatz von durchschnittlich 7 % - dem durchschnittlichen Prozentsatz der letzten 100 Jahre - angelegtes Vermögen, das einem heutigen Wert von 100.000 EUR entspreche, hätte zwischenzeitlich eine Summe von 86 Millionen EUR (unter Nichtberücksichtigung der Erbschaftssteuer) ergeben. Die Wertschöpfung resultiere aus den Zinsen, die Personen entrichtet hätten, die bei der Bank einen Kredit getätigt hätten, für dessen Finanzierung die Bank auf die 100.000 EUR zurückgegriffen habe.

Das Vermögen sei also exponentiell gewachsen. Festzuhalten sei, dass das Geldvermögenswachstum im Gegensatz zu anderen Dingen keine natürliche Grenze besitze. Statistisch ergebe dieses Wachstum für die Periode 1950-2000 folgendes Bild:



Quelle: Bundesbank Helmut Creutz / Nr. 022

Geldvermögen = oberste Kurve
Sozialprodukt/BIP = mittlere Kurve
Nettolöhne und -gehälter = unterste Kurve

Die Grafik verdeutlicht, dass es seit 1950 ein lineares Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 2 % gegeben habe, während das Geldvermögen – insbesondere seit den neunziger Jahren – förmlich explodiert sei.

Der Geldvermögenswachstumskurve stehe spiegelbildlich eine entsprechende Verschuldungskurve gegenüber. Die Beträge für die Begleichung der Zinsen von Krediten müssten erwirtschaftet werden.

Diese exponentielle Verschuldung habe u. a. auch zum Resultat, dass Menschen verarmten.

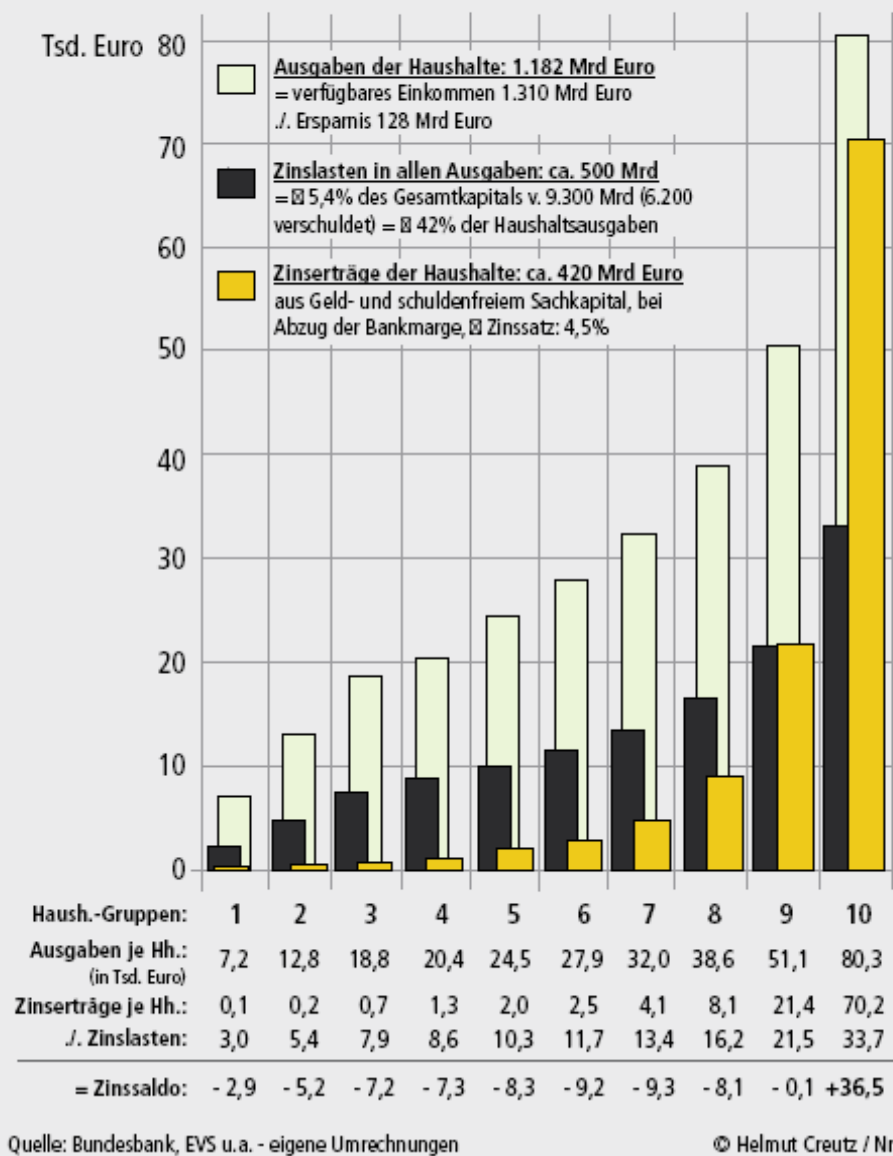
Die gegenwärtige Verschuldung der öffentlichen Hand und der Privathaushalte sei größer als zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise 1929. Damals seien die amerikanischen Haushalte und Unternehmen in einem Umfang verschuldet gewesen, der das 2,7-fache des Bruttoinlandsprodukts betragen habe.

2009 seien die amerikanischen Haushalte dagegen sogar um das 5,5-fache des Bruttoinlandsprodukts verschuldet gewesen.

Für Deutschland ergebe sich folgendes Bild:

Ausgaben, Zinslasten und Zinserträge der Haushalte

bezogen auf 10 Haushaltsgruppen mit je 3,8 Millionen Haushalten
Größen jeweils in Tsd. Euro p.a. je Haushalt – Bezugsjahr 2000

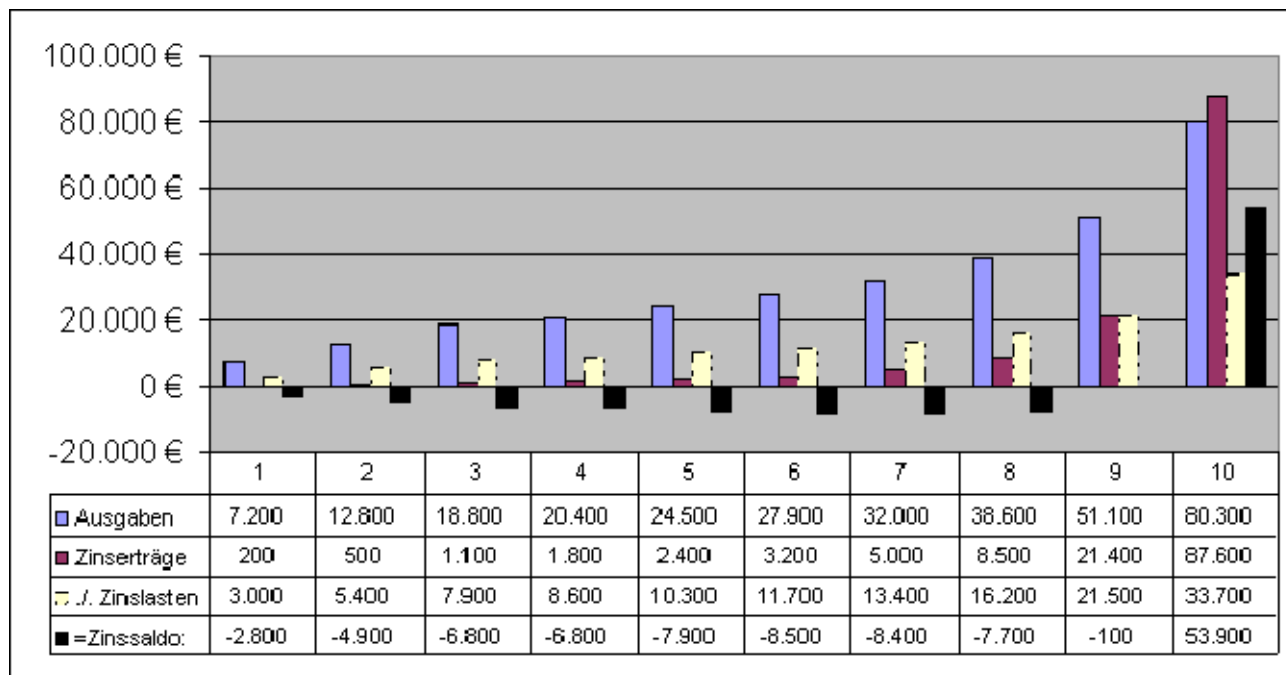


Festzuhalten sei, dass der Zinssaldo – d. h. die Differenz zwischen erhaltenen und entrichteten Zinsen – für den Großteil der Bevölkerung negativ sei.

Selbst Personen, die keine Zinsen entrichteten, trügen Zinslasten. In Belgien sei im Preis sämtlicher Waren ein Zinsanteil von 30 % enthalten.

Erst ab einem Vermögensbetrag von mehr als 800.000 EUR verbuche man Zinsgewinne. Dies betreffe jedoch nur einen geringen Teil der Bevölkerung (unter 10 %).

In Bezug auf die Ausgaben, Zinslasten und Zinserträge der Haushalte könne folgendes Bild gezeichnet werden:



Ausgaben, Zinslasten und Zinserträge der Haushalte. Bezogen auf 10 Haushaltsgruppen mit je 3,8 Millionen Haushalten. Größen jeweils in Tausend Euro per anno je Haushalt – Bezugsjahr 2000

Quelle: Bundesbank, EVS u.a. - eigene Umrechnungen © Helmut Creutz / Nr. 59b

Das aktuelle Geldsystem diene also nicht allen gleichermaßen. Die Grafik zeige deutlich, dass es eine Umverteilung gebe, die nicht auf Leistung beruhe. Vielmehr handele es sich um eine automatische Umschichtung von Geldmitteln im Besitz derer, die von ihrer Arbeit lebten – also der Mehrheit – hin zu der Minderheit derjenigen, die von ihrem Geldbesitz lebten.

Die deutsche Architektin, Ökologin, Schriftstellerin und Kapitalismus-Kritikern Margrit Kennedy vertrete die Auffassung, dass Geld – entgegen den meisten Dingen – sich nicht irgendwann bei einer optimalen Größe stabilisiere, sondern exponentiell wachse. Ab einem gewissen Punkt alimentiere Geld sich selbst, indem es aus dem Vermögenswert heraus noch mehr Geld generiere, z. B. in Form von Währungsspekulationen. Das System führe dazu, dass – wie bereits erwähnt – nur 10 % der Bevölkerung davon profitierten. Alles, was dem System der Geldvermehrung nicht diene, sei schwer durchzusetzen. Dies seien im Allgemeinen soziale, ökologische oder kulturelle Ziele¹.

Es bestehe aber die Möglichkeit, Parallelwährungen in Form von Sektoralwährungen einzuführen, die bestimmte Aktivitäten einer Region in spezifischer Form förderten. So gebe es bspw. regionale Bildungs- oder Gesundheitswährungen.

In der aktuellen Krise könnte ein Modell Beachtung finden, das in der Schweiz seit 70 Jahren funktionierte: die WIR-Bank. Sie sei eine gesamtschweizerische Mittelstandsbank, die aus der Selbsthilfeorganisation WIR Wirtschaftsring-Genossenschaft hervorgegangen sei. Um etwas gegen die Geldhortung während der Weltwirtschaftskrise zu unternehmen, sei 1934 die Komplementärwährung WIR geschaffen worden, deren Wert identisch mit dem Schweizer Franken sei. Ein Hauptmerkmal sei die Zinsfreiheit. Die Guthaben auf den Konten würden nicht verzinst. Dies sei ein Anreiz, das Geld wieder schnell in Umlauf zu bringen und unter den Teilnehmern – kleine und mittlere Unternehmen – den Umsatz zu fördern. Ein entsprechendes System würde den Unternehmen in diesen Kri-

¹ Interviews mit Margrit Kennedy und anderen Experten für Sektoralwährungen auf der Website von MonNetA.org (Money Network Alliance (Allianz zur Erforschung und Entwicklung von komplementären Währungen)).

senzeiten die Möglichkeit gegenseitiger Kredite eröffnen, sodass sie nicht auf Bankkredite, die momentan nur schwer zu erhalten seien, zurückgreifen müssten².

In Bezug auf den Sozialbereich müsse die Frage erlaubt sein, was – angesichts der Tatsachen, dass trotz eines gewaltigen Geldvermögens die Arbeitslosigkeit noch weiter zunehme und das System nur einigen wenigen nutze – getan werden könne, um das System den effektiven gesellschaftlichen Bedürfnissen anzupassen. Diese Frage müsse sich gleichfalls in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gestellt werden.

Ein interessanter Ansatz im Gesundheitsbereich sei die in Japan seit 1995 bestehende Sektoralwährung des Hureai Kippu, die sehr gut funktioniere. Dabei handele es sich um ein Stundenkonto, auf dem man im Gegenzug für geleistete Pflege Stunden in der gleichen Anzahl sammle, die später für die eigene Pflege in Anspruch genommen werden könne. Dies sei eine Form der Antwort auf die zunehmende Überalterung der Gesellschaft (vgl. Anlage), die auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeführt werden könne.

Sektoralwährungen im sozialen Bereich zielten nicht darauf ab, das System der sozialen Sicherheit zu ersetzen, sondern es zu ergänzen.

Sektoralwährungen beständen in vielen Bereichen, so auch im Bildungsbereich. Der Referent nannte als Beispiel das Saber-System in Brasilien, das ebenfalls auf Gegenseitigkeit basiere (vgl. Anlage).

Sektoralwährungen wirkten nicht nur dem Zinssystem entgegen, sondern förderten durch das Gegenseitigkeitsprinzip des Weiteren das Sozialleben.

Ein wichtiger Faktor sei natürlich, dass die Qualität der Dienstleistungen stimme. Dies müsse gewährleistet und sichergestellt werden.

Ein ebenfalls interessantes Modell seien die Regiogelder. Als Beispiel könne der Chiemgauer angeführt werden.

Der Chiemgauer verfolge das Ziel, regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern und regionale Vereine zu sponsern. Seinen Anfang habe das Projekt 2003 als Schülerprojekt an der Waldorfschule in Priem genommen. An dieser Schule sollte eine Turnhalle gebaut und deren Bau unterstützt werden. Dazu seien alle Lehrer und Eltern aufgefordert worden, Euro in Chiemgauer zu tauschen.

Aufgrund seines dynamischen Wachstums habe sich das Projekt im Sommer 2005 von der Walddorfschule gelöst. Die wirtschaftliche Abwicklung obliege seit 2008 der Sozialgenossenschaft Regios. Ideeller Träger sei der Chiemgauer e. V. mit 3.000 Mitgliedern, darunter 600 Unternehmen und 200 gemeinnützigen Vereinen aus der Region. Das Ziel des Chiemgauer sei die Stärkung und Bildung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Förderung gemeinnütziger Vereine in der Region Chiemgau.

Das Chiemgauer Regiogeld gebe es als Gutscheinsystem und in bargeldloser Form, dem elektronischen Chiemgauer.

Für die Gutschein-Variante habe der herausgebende Verein eine Rücklage bei einer Bank gebildet. Die bargeldlose Variante werde durch kooperierende regionale und ethisch-ökologische orientierte Banken gedeckt.

Um beim Chiemgauer mitmachen zu können, würden alle Nutzer des Regiogeldes – also Verbraucher, Unternehmen, Vereine, Kommunen und sonstige Partner – Mitglied beim Trägerverein. Die Mitgliedschaft diene zur rechtlichen Abgrenzung gegenüber dem ge-

² Vgl. www.wir.ch

setzlichen Zahlungsmittel und zur Anwendung der vereinsinternen Regeln. Die Idee dahinter sei eine direktdemokratische Selbstverwaltung der Initiative.

Chiemgauer könnten von Verbrauchern mit einem Wert von 1:1 gegen Euro gekauft, jedoch nicht in Euro zurückgetauscht werden.

Teilnehmende Unternehmen könnten Chiemgauer in Euro gegen eine Gebühr von 5 % (Regionalbeitrag) zurücktauschen. 60% dieses Betrages gingen an einen gemeinnützigen Verein. Welcher Verein gefördert werde, bestimme derjenige, der Euro in Regiogeld einwechsle. Die verbleibenden 40 % dienten der Kostendeckung des Herausgebers.

Eingetauschte Gutscheine seien jeweils drei Monate gültig. Nach Ablauf könne die Gültigkeit der Chiemgauer-Scheine durch Kauf und Aufkleben einer Klebmarke im Wert von 2 % ihres Werts verlängert werden. Die Chiemgauer-Serien würden jährlich ausgetauscht. Chiemgauer-Scheine, die älter als vier Jahre seien, würden nicht mehr zur Rückgabe akzeptiert.

Ferner sei eine Genossenschaft gegründet worden, um ein Mikrofinanzinstitut zu gründen, das Mikrokredite bis zu 20.000 Chiemgauer vergeben könne. In Krisenzeiten, in denen Kredite zurückhaltend gewährt würden, sei dies ein Handlungsvorteil.

Hervorzuheben sei, dass diese Kredite zinsfrei seien, wenn der Kredit pünktlich zurückgezahlt werde. Dies stelle ebenfalls einen Beitrag zur regionalen Wirtschaftsförderung im Rahmen eines Netzwerks dar. Der Chiemgauer wolle nicht nur ein Tausch-, sondern darüber hinaus ein Investitions- und Sparmittel und somit ein regionales Finanzsystem sein.

Anfang 2010 sei das Regiogeld von 565 Unternehmen akzeptiert und von 3.000 Mitgliedern genutzt. Über 400.000 Chiemgauer seien im Umlauf gewesen. Die Umsätze des Chiemgauer-Netzwerks hätten im ersten Jahr – 2003 – bei 70.000 EUR, 2008 bei drei Millionen EUR und 2009 bei vier Millionen EUR gelegen. Damit sei der Chiemgauer das derzeit größte Regiogeld-System im deutschsprachigen Raum und eine der erfolgreichsten Komplementärwährungen der Welt³.

Der Chiemgauer sein kein Einzelfall. In Deutschland gebe es zwischen 30 und 40 verschiedene Regionalwährungen.

Seinen Vortrag abschließend bemerkte der Referent, dass die Leitlinie seines Vortrags darin bestanden habe, zu vermitteln:

- dass es eine Verbindung zwischen den Zinslasten und der Arbeitslosigkeit sowie dem Phänomen der Armut gebe;
- dass Wachstum nicht unendlich sei;
- dass von dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem nur wenige zulasten der Allgemeinheit profitierten und Gegenmaßnahmen – wie z. B. die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit – nur subventionspolitische Auswirkungen hätten und
- dass aus diesem Grund Gegenmaßnahmen ergriffen werden sollten, um das System zu verbessern und zu komplementieren. So sei eine Regionalwährung etwas Zusätzliches, das den Euro als solchen nicht in Frage stelle. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft sehe er dafür Möglichkeiten.

Der Referent verneinte die Frage eines Ausschussmitglieds, ob die Gründung einer Sektoralwährung nur aufgrund einer politischen Initiative erfolgen könne. Wie dargelegt, sei die Initiative im Chiemgau von einer Schule ausgegangen. In Belgien sei die Schaffung von Sektoralwährungen zwar schwieriger als in Deutschland, aber es beständen bereits vergleichbare Systeme.

Wenn die Politik die Schaffung von Sektoralwährungen befürworten und gegebenenfalls unterstützen würde, seien die Erfolgsaussichten erheblich günstiger. Die Gründung einer

³ <http://www.chiemgauer.info>

Sektoralwährung füge sich seines Erachtens nahtlos in die Intentionen des Regionalen Entwicklungskonzepts für die Deutschsprachige Gemeinschaft ein.

A N L A G E

POWERPOINTPRÄSENTATION DES VORTRAGS